Arbeiterzeitung 7/VII 1919

Die Entschädigungspflicht Deutschösterreichs und der Nachfolgerstaaten.

Westungarn Gegenstand der Verhandlungen.

(Telegramm unseres Berichterstatters.)

Saint-Germain-en-Laye, 6. Juli.

Die durch das Korrespondenzbüro gegebenen Mitteilungen des „Temps" über unsere endgültigen Bedingungen stellen eine Reihe prinzipieller Fragen zur Erörterung. Wenn die Nationalstaaten nun doch als die Miterben des alten Oesterreich einen Beitrag zur Schadensgutmachung in irgend einer Form und unter irgend einem Namen leisten müssen, so ist unser Rechtsstandpunkt tatsächlich, wenn auch nicht in Worten, anerkannt. Die Aufteilung des Vermögens der alten Monarchie vollzieht sich danach allerdings nicht so, wie wir wünschen müssen, durch gegenseitige Ausgleichung und Verrechnung, sondern jeder Teil zahlt die Summe, auf die sein Besitz geschätzt wird, in eine Kasse, die dann wohl für die Schadensgutmachung beschlagnahmt wird.

Die Richtigkeit der Mitteilungen des „Temps" vorausgesetzt, und sicherlich ist manches darin richtig, ist es nicht ganz klar, wie viel und wie wir Entschädigung zahlen sollen. Legt man Hand auf unsere Aktiven, wobei gewisse produktive und der Verwaltung dienende Aktiven frei bleiben müssen, weil sonst die Staatsmaschine stocken müßte, so läuft dies letzten Endes auf eine Sequestration des Staates durch eine fremde Macht hinaus.

Die großen Gefahren werden nur dann ein wenig gemildert, wenn die fremde Schadensgutmachungskommission in ihren Befugnissen uns gegenüber ebenso weit eingeschränkt wird wie gegen Deutschland, so daß uns eine Art eigenes Budgetrecht, die Möglichkeit einer Finanzpolitik bleibt.

Dazu kommt jetzt die Beschlagnahme oder, wenn man will, die Ausnützung unserer Wasserkräfte durch unsere Gläubiger. Soll dies in Form einer besonderen Konzession an einen Kapitalskonzern geschehen, der uns dann ausbeutet? Die Tage der Gründung der Südbahn kehren wieder, an denen noch heute unsere Volkswirtschaft krankt. Nachdem wir so weit in der Verstaatlichung vorgeschritten sind, sollen wir in die primitivsten Formen der Ausbeutung durch das Kapital zurückfallen. Der Kapitalismus bleibt der Feind, wenn der Friede eingezogen ist.

Man scheint nun doch wenigstens einen Vorfrieden mit uns schließen zu wollen, indem man zuerst die Gebietsfragen verabschiedet. Nach der heutigen Polemik des „Temps" scheint es möglich, daß Westungarn Gegenstand der Verhandlung sein wird. Sicherlich aber wird man die Möglichkeit der Volksabstimmung, von der zuerst nirgends die Rede war, jetzt an mehreren Punkten zulassen. Ob gerade an den wichtigsten, bleibt sehr zweifelhaft.

Die Zahlungspflicht der neuen Staaten.

Saint-Germain, 6. Juli. Der „Temps" kommt heute neuerlich auf das österreichische Finanzproblem zu sprechen. Er führt aus, daß es doch nicht angehe, daß die Nationen, die sich in das Gebiet der alten Monarchie geteilt haben, zwar die zu diesen Gebieten gehörigen Güter, nicht aber die Steuern und Verpflichtungen übernehmen wollen. Die Kriegsschulden seien bis zum 30. Juni 1917 durch kaiserliches Dekret, von da an durch vom Parlament gebilligte Gesetze kontrahiert worden. Politisch und rechtlich ist die ganze Bevölkerung, die in jenen Zeitabschnitten Oesterreich [illegible]

[illegible] Erklärung einer neuen [illegible] auf, die unbefangen vom Marxismus, den Gerechtigkeit der „Boches" nennt, den Sieg Frankreichs eine Theorie der „Boches" nennt, den Sieg Frankreichs erst fühlen würde, die neue Partei soll schon bei den nächsten Wahlen im Oktober in Tätigkeit treten. Herrn Hoff insbesondere auf Briand, Viviani, Millerand,

wortlich sein soll, ohne daß diese Verantwortlichkeit durch irgend einen Wechsel in den Machtverhältnissen abgeschwächt werden könnte." Bei diesem Satz müssen, so sagt der Artikel, den österreichischen Erbstaaten denn doch die Augen aufgehen. Die Ersparnisse, die in den Finanzen der alliierten oder gegenwärtig feindlichen Länder stecken, müssen ganz oder zum Teil gerettet werden. Man kann von Frankreich nicht verlangen, daß es sich zuerst für die Freiheit der anderen schlägt und dann durch den Ruin seiner Sparer belohnt wird.

Beratung über unsere Grenzen.

Saint-Germain, 6. Juli. Das „Journal" meldet, die Grenzbestimmungskommission habe gestern über die vom Staatskanzler Dr. Renner überreichte Grenznote beraten. Die Angelegenheit wurde den Subkommissionen übergeben.

Die italienisch-deutschösterreichische Grenze in einem Sondervertrag.

Berlin, 6. Juli. Die „Vossische Zeitung" meldet aus Lugano: Der italienische Ministerrat beschäftigte sich am Freitag mit der Besprechung der Gebietsansprüche Italiens. Ministerpräsident Nitti teilte mit, daß Tittoni als Vorsitzender der italienischen Friedensdelegation mit den anderen Mitgliedern der Delegation Vereinbarungen getroffen habe, nach denen alle italienischen Gebietsprobleme in den mit Deutschösterreich abzuschließenden Friedensvertrag aufgenommen werden sollen.

Die Friedenssorgen.

Die Raufereien von Italienern und Franzosen.

Saint-Germain, 6. Juli. Mehrere Pariser Morgenblätter zeigen sich sehr beunruhigt über den nach wie vor überaus heftigen Ton der italienischen Presse gegenüber Frankreich und über die Streitigkeiten, die da und dort zwischen französischen und italienischen Soldaten ausgebrochen zu sein scheinen. Das „Journal" hofft, daß die Unterredungen zwischen Tardieu, der bekanntlich vor einigen Wochen ein Kompromiß in der Fiumaner Frage vorgeschlagen hat, und Tittoni zu greifbaren Resultaten führen werden. Das Blatt schreibt, daß es nicht an der Ehrlichkeit der Sympathiebezeigungen Tittonis für Frankreich zweifeln wolle, aber doch wünschen würde, daß die Erregung der Italiener energisch eingedämmt werde. Der „Petit Parisien" unterstreicht in einer Notiz die Tatsache, daß sich anläßlich der Raufereien zwischen italienischen und französischen Soldaten auch eine Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden dortigen Militärkommanden ergeben habe, und verzeichnet auch die Meldung von ähnlichen Zwischenfällen in Genua.

Saint-Germain, 6. Juli. Der „Temps" meldet: Die italienischen Blätter berichten Näheres über den Zwischenfall, der sich am 2. Juli in Fiume ereignet und zu Raufereien zwischen der italienischen Bevölkerung und einer Anzahl französischer Soldaten und Matrosen geführt hat. Nach der italienischen Version sollen zwei französische Soldaten zwei Fiumaner Frauen die italienischen Kokarden abgerissen haben, woraus ein Tumult entstand. Die italienischen Zeitungen benützen diesen Anlaß, um den Abzug der französischen Truppen aus Fiume zu fordern. Im französischen Marineministerium sind noch keine Einzelberichte über diese Affaire, die scheinbar aufgebauscht worden sei, eingetroffen.